



Niederschrift

Gremium			
Rat			17. Sitzung
Sitzungsort			Sitzungstag
Rathaus, Sitzungssaal, Hauptstraße 20, Marienheide			25.09.2012
Datum der Einladung	Einladungsnachtrag	Sitzungsbeginn	Sitzungsende
17.09.2012		16:00 Uhr	19:20 Uhr

Anwesend sind:

Vorsitzende/r

Töpfer, Uwe

Bürgermeister

Ratsmitglieder CDU

Coroly, Marc

CDU

Hettich, Michael

CDU

Hüttenmeister, Monika

CDU

Köster, Nadine

CDU

Kremer, Dieter

CDU

Ratsmitglieder SPD

Berges, Günter

SPD

Borner, Kurt

SPD

Fernholz, Wilfried

SPD

Kramer, Harald

SPD

Kühr, Rolf

SPD

Maurer, Holger

SPD

Meckel, Birgit

SPD

Vetter, Anke

SPD

Wottrich, Sven

SPD

anwesend bis 19:55 Uhr

Ratsmitglieder FDP

Heringer, Reimund

FDP

Körbel, Emmi

FDP

Rittel, Jürgen

FDP

Viebahn, Stefan Dr. agr.

FDP

Ratsmitglieder UWG

Kreßner, Manfred

UWG

Schellberg, Wolfgang

UWG

Türkmen, Mehmet

UWG

Ratsmitglieder fraktionslos

Sturm, Peter	fraktionslos	
--------------	--------------	--

Ratsmitglieder WfM

Alefelder, Stephan	WfM	
Fuchs, Timo	WfM	
Liebig, Rolf	WfM	anwesend bis 17:35 Uhr
Meier, Hans Lothar	WfM	
Schneider, Ulrich	WfM	
Schneider, Wilfried	WfM	

von der Verwaltung

Eggert, Hartwig
 Himmeröder, Manfred
 Hombitzer, Armin
 Krüger, Monika

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung. Er stellt fest, dass der Rat ordnungsgemäß und fristgemäß eingeladen worden und beschlussfähig ist. Hiergegen werden keine Einwendungen erhoben.

Er begrüßt die anwesenden Bürgerinnen und Bürger sowie die Vertreter der Presse.

Zu TOP 10 (73. Änderung des Flächennutzungsplanes und BP Nr. 85) liegt ein Antrag der UWG-Fraktion vor, in welchem sie um Absetzung dieses Tagesordnungspunktes sowie um erneute Verweisung in den Bau-, Planungs- und Umweltausschusses bittet.

RM Schellberg verliest die Begründung und überreicht eine Unterschriftenliste mit 220 Unterschriften, welche sich gegen den Wegfall des Mehrzweckstreifens richtet. Bürgermeister Töpfer erläutert, dass zwischenzeitlich die Ergebnisse der noch fehlenden Beteiligungen vorliegen und verweist auf die entsprechende übersandte Anlage zur Beschlussvorlage. Aus dieser ist ersichtlich, dass die Kreispolizeibehörde ihre Bedenken zur Verkehrsanbindung zurückgenommen hat.

RM Coroly erklärt sich befangen und nimmt gemäß § 31 GO nicht an der Abstimmung teil.

Der Rat stimmt darauf hin mit 21 Nein-Stimmen, 5 Ja-Stimmen und 2 Enthaltungen gegen die beantragte Absetzung und Verweisung des Tagesordnungspunktes.

RM Schellberg beantragt die Tagesordnungspunkte 7 und 8.1 zu tauschen. Der Rat stimmt mit 15 Ja-Stimmen und 14 Gegenstimmen für eine entsprechende Änderung der Tagesordnung, d.h. TOP 7.1 (UWG-Antrag) und TOP 8 (Errichtung Grundschulverbund).

RM Alefelder teilt mit, dass ein Ratsmitglied seiner Fraktion aufgrund einer wichtigen Dienstreise verfrüht die Sitzung verlassen muss und beantragt daher die Behandlung

des Tagesordnungspunkts 8 (Errichtung Grundschuldverbund) zu Beginn der Sitzung zu behandeln.

BM Töpfer macht darauf aufmerksam, dass TOP 1 (Beanstandung Niederschrift) zwingend als erster TOP behandelt werden muss.

Es wird daher darüber abgestimmt, ob der TOP 7.1 (UWG-Antrag) auf TOP 2.1 und TOP 8 (Errichtung Grundschuldverbund) auf TOP 3 verschoben werden soll.

Der Rat stimmt mit 15 Ja-Stimmen und 14 Nein-Stimmen für die geänderte Tagesordnung.

Die Tagesordnung ändert sich in der Nummerierung entsprechend.

RM Sturm spricht seine Anfrage unter TOP 1.1 (nicht-öffentlich) an und bittet um Splittung seines Antrages. Er wünscht die Behandlung der Anfrage zu den Derivat-Geschäften im öffentlichen Teil und die Grundstücksanfrage im nicht-öffentlichen Teil.

Der Rat stimmt mit 23 Nein-Stimmen, 4 Ja-Stimmen und 2 Enthaltungen gegen die Splittung des Tagesordnungspunktes.

Öffentliche Sitzung:

1	Beanstandung der Niederschrift zur Ratssitzung vom 26.06.2012	Drucksache Nr. BV/113/12
----------	--	------------------------------------

RM Coroly begründet seine Beanstandungen.

BM Töpfer erläutert die in der Geschäftsordnung geregelten Bestimmungen über den Inhalt einer Niederschrift. Die Prüfung der beanstandeten Niederschrift hat ergeben, dass diese nicht falsch sei. Bei seinen Ausführungen bezieht er sich auf den dem Rat vorliegenden Schriftverkehr.

Beschluss:	Abstimmungsergebnis: 21 Ja-Stimmen, 7 Nein-Stimmen, 1 Enthaltung
Der Rat beschließt, die von Ratsmitglied Coroly vorgetragenen Beanstandungen zurückzuweisen.	

2	Anträge	
----------	----------------	--

2.1	Antrag der UWG-Fraktion zur Prüfung einer möglichen Befangenheit von Ratsmitglied Jürgen Rittel anlässlich der Beratung u. Abstimmung zur Zusammenlegung der KGS u. GGS Marienheide in der Ratssitzung am 26.06.2012	Drucksache Nr. AT/118/12
------------	---	------------------------------------

RM Schellberg begründet nochmals den Antrag seiner Fraktion.

BM Töpfer verweist auf den ausführlichen Schriftverkehr und die Prüfung des Städte- und Gemeindebundes. Die Prüfung hat eindeutig ergeben, dass eine Befangenheit nicht vorliegt und somit eine Abstimmung darüber, ob RM Rittel befangen war, nicht notwendig sei.

Um die streitige Frage im Rat auszuräumen, wird dennoch über den Antrag der UWG-Fraktion abgestimmt.

Der Rat hält mit 14 Nein-Stimmen, 8 Ja-Stimmen und 7 Enthaltungen RM Rittel für nicht befangen.

3	Errichtung eines Grundschulverbundes am Schulstandort Marienheide, Leppestraße	Drucksache Nr. BV/109/12
---	--	-----------------------------

Die einzelnen Fraktionen geben ihr Meinungsbild ab.

Die Sitzung wird im Einvernehmen mit den Anwesenden nicht für die Einwohnerfragestunde um 17 Uhr unterbrochen.

RM Fernholz beantragt für die SPD-Fraktion eine geheime Abstimmung.

RM Köster und RM Maurer werden das Stimmabgabeverfahren begleiten.

RM Fernholz regt an, dass im Beschlussvorschlag unter a) das Datum der Schulkonferenz der KGS (04.07.2012) aufgenommen werden sollte. BM Töpfer verliert den geänderten Beschlussvorschlag und es werden von den Wahlhelfern 29 Stimmzettel ausgegeben. Die geheime Abstimmung findet im Trauzimmer statt.

Die Sitzung wird für eine Pause von 17:32 Uhr bis 17:42 Uhr unterbrochen.

Beschluss:	Abstimmungsergebnis: 17 Ja-Stimmen, 12 Nein-Stimmen
a)	Über die von der Schulkonferenz der KGS im Rahmen ihrer grundsätzlich zustimmenden Stellungnahme vom 04.07.2012 erhobenen Forderungen wird gem. dem Verwaltungsvorschlag entschieden.
b)	Am Grundschulstandort Marienheide, Leppestraße wird zum 01.08.2013 gem. § 81 Abs. 2 i.V.m. § 83 Abs. 1 und 2 SchulG ein Grundschulverbund errichtet, der aus einem dreizügigen Hauptstandort Gemeinschaftsgrundschule Marienheide und einem einzügigen konfessionsgebundenen Teilstandort Katholische Grundschule Marienheide gebildet wird; bei gleichzeitiger Auflösung der Katholischen Grundschule Marienheide. Die derzeit an der KGS Marienheide gebildeten Klassen bleiben in ihrer Zügigkeit erhalten und werden bis zum Ende der Grundschulzeit weitergeführt.

Die Schule führt zunächst den Namen „ Grundschulverbund Marienheide (Gemeinschaftsgrundschule und Katholische Grundschule als Teilstandort)“. Den Grundschulen wird die Möglichkeit geben, dem Rat der Gemeinde ggf. einen Entscheidungsvorschlag für einen neuen Schulnamen vorzulegen.

4	Feststellung des Jahresabschlusses und des Lageberichtes der Gemeinde Marienheide für das Jahr 2008; Entlastung des Bürgermeisters	Drucksache Nr. BV/102/12
----------	---	------------------------------------

RM Viebahn berichtet kurz vom gestrigen Rechnungsprüfungsausschuss und beantragt die Entlastung des Bürgermeisters.

Beschluss:	Abstimmungsergebnis: 27 Ja-Stimmen, 1 Enthaltung
Der Rat fasst folgenden Beschluss:	
<ol style="list-style-type: none"> 1. Jahresabschluss und Lagebericht der Gemeinde Marienheide für das Jahr 2008 werden zum 31.12.2008 mit einer Bilanzsumme von 100.678.113,67 € festgestellt. 2. Der Jahresüberschuss in Höhe von 454.723,61 € wird der Allgemeinen Rücklage zugeführt. 3. Dem Bürgermeister wird Entlastung erteilt. 	

5	Sanierungsplan im Rahmen des Stärkungspaktgesetzes	Drucksache Nr. BV/117/12
----------	---	------------------------------------

Bürgermeister Töpfer erläutert, dass im Falle eines positiven Beschlusses des Haushaltssanierungsplanes die Bezirksregierung eine sofortige Genehmigung in Aussicht gestellt hat und die Stärkungspaktmittel kurzfristig ausgezahlt würden. Hierzu hat die Bezirksregierung eine Frist bis zum 26.09.2012 gesetzt, so dass der Kämmerer morgen das Ergebnis der Bezirksregierung melden muss.

Im Falle eines nicht genehmigungsfähigen Haushaltssanierungsplanes wird das Ministerium für Inneres und Kommunales einen Beauftragten bestellen. Die entsprechenden Verfügungen der Bezirksregierung liegen allen Ratsmitgliedern vor.

Er spricht ebenfalls die Probleme der anderen betroffenen Städte und Kommunen an und erwähnt, dass man auch weiterhin zum Thema „Stärkungspakt Stadtfinanzen“ in Kontakt steht, um evtl. gemeinsam Änderungen und Nachbesserungen zu fordern.

Im Anschluss geben die Fraktionen ihr Meinungsbild ab und klären offene Fragen. Der Ausschuss diskutiert nochmals über das Für und Wider sowie über rechtliche

Maßnahmen.

Verwaltungsseitig wird erklärt, dass heute über den vorgelegten überarbeiteten Sanierungsplan für die Jahre 2012 bis 2021 zu beschließen sei. Der Rat muss daher über den gesamten Sanierungsplan abstimmen.

RM Kramer verliest eine persönliche Erklärung, welche der Niederschrift als Anlage beigefügt wird. Er stellt ebenfalls die Frage, ob er als Ratsmitglied regresspflichtig sei, worauf Bürgermeister Töpfer antwortet, dass dies denkbar sei.

Beschluss:	Abstimmungsergebnis: 19 Ja-Stimmen, 8 Nein-Stimmen, 1 Enthaltung
Der Rat beschließt die vorgelegte überarbeitete Haushaltssanierungsplanung für die Jahre 2012 bis 2021. Darin wird in den Jahren 2016 bis 2021 mit den vorgesehenen Maßnahmen 1-25 des Maßnahmenkatalogs ein ausgeglichenes Jahresergebnis ausgewiesen.	

6	Änderung § 8 Haushaltssatzung 2012	Drucksache Nr. BV/120/12
----------	---	------------------------------------

Beschluss:	Abstimmungsergebnis: einstimmig, eine Enthaltung
Der Rat beschließt folgende Neufassung des § 8 der Haushaltssatzung 2012: Nach dem Haushaltssanierungsplan wird der Haushaltsausgleich unter Einbeziehung der Konsolidierungshilfe erstmals im Haushaltsjahr 2016 und von diesem Zeitpunkt an jährlich erreicht. Der Haushaltsausgleich ohne Konsolidierungshilfe wird im Haushaltsjahr 2021 erreicht. Die dafür im Haushaltssanierungsplan enthaltenen Konsolidierungsmaßnahmen sind bei Ausführung des Haushaltsplans umzusetzen.	

7	Reduzierung der Ratsmandate; Erlass einer Satzung	Drucksache Nr. BV/099/12
----------	--	------------------------------------

Beschluss:	Abstimmungsergebnis: einstimmig
Der Rat der Gemeinde Marienheide wird um weitere zwei, auf nun 26 Mandate reduziert. Die als Anlage beigefügte Satzung wird beschlossen.	

8	Beschluss über die öffentlich-rechtliche Vereinbarung mit der Stadt Gummersbach zur Zusammenarbeit im Standeswesen	Drucksache Nr. BV/106/12
----------	---	------------------------------------

Beschluss:	Abstimmungsergebnis: einstimmig
<p>Der Rat der Gemeinde Marienheide beschließt, das Standeswesen ab 01.01.2013 interkommunal von der Stadt Gummersbach durchführen zu lassen und stimmt der als Anlage beigefügten öffentlich-rechtlichen Vereinbarung zu.</p> <p>Der Beschluss erfolgt unter dem Vorbehalt der Genehmigung durch die Kommunalaufsicht.</p>	

9	7. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 68 "Konversion Griemeringhausen", Teil A (Gewerbe), Aufstellungsbeschluss	Drucksache Nr. BV/095/12
----------	--	------------------------------------

Beschluss:	Abstimmungsergebnis: einstimmig
<p>Der Rat der Gemeinde beschließt, für den Bebauungsplan Nr. 68 „Konversion Griemeringhausen Teil A (Gewerbe)“ ein 7. Änderungsverfahren gem. §13 BauGB durchzuführen. Hierbei soll der Ausschluss spiegelnder Gestaltungselemente aufgehoben werden.</p>	

10	73. Änderung des Flächennutzungsplanes und Bebauungsplan Nr. 85 "Graf-Albert- Straße / L 306", a) Ergebnis der Beteiligungsverfahren gem. §§ 2 Abs. 2, 3 und 4 Abs. 1 u. 2 BauGB; b) Plan- und Satzungsbeschluss	Drucksache Nr. BV/065/12
-----------	---	------------------------------------

Hr. Hombitzer erläutert das Ergebnis der Beteiligungen und verweist auf die neue Anlage zur Beschlussvorlage.

RM Schellberg spricht erneut die Unterschriftenliste gegen Wegfall des Mehrzweckstreifens sowie seine erheblichen Bedenken wegen der hohen Unfallgefahr an. Er bittet um namentliche Abstimmung, falls es zu einer Abstimmung kommt.

BM Töpfer erklärt, dass ein solcher Antrag von mindestens einem Fünftel der Mitglieder des Rates gestellt werden muss.

Er begrüßt Hr. Gebcke, welcher der Initiator der Unterschriftenaktion ist und erläutert, dass nach den erfolgten Beteiligungsverfahren beabsichtigt sei, den Mehrzweckstreifen auf der Müllenbacher Seite vollständig und auf der gegenüberliegenden Seite ebenfalls größtenteils zu erhalten. Der Fußgängerübergang am Kreisverkehr soll

verkehrstechnisch verbessert werden. Das Ingenieurbüro ist derzeit mit der Detailplanung beauftragt.

Beschluss:	Abstimmungsergebnis: 20 Ja-Stimmen, 5 Nein-Stimmen, 2 Enthaltungen
<p>a) Über die Stellungnahmen, die während der Beteiligungsverfahren gem. §§ 2 Abs. 2, 3 Abs. 1 und 2 sowie 4 Abs. 1 und 2 BauGB vorgetragen wurden, wird wie in der beigefügten Liste dargelegt abgewägt und beschlossen.</p> <p>b) Für die 73. Änderung des Flächennutzungsplanes wird der Planbeschluss gefasst. Darüber hinaus wird der Bebauungsplan Nr. 85 „Graf-Albert-Straße / L306“ gem. § 10 Abs. 1 BauGB vom 23.09.2004 (BGBl.I. S. 2414) in Verbindung mit § 7 GONW (GV NRW S. 666/SGV.NRW 2023) in den zur Zeit gültigen Fassungen als Satzung beschlossen. Der Flächennutzungsplanänderung und dem Bebauungsplan sind gem. § 5 Abs. 5 BauGB bzw. § 9 Abs. 8 BauGB eine Begründung mit den Angaben nach § 2a BauGB beigefügt.</p>	

11	Antrag auf Einbeziehung von Außenbereichsflächen in die Satzung zur Festlegung des im Zusammenhang bebauten Ortsteils Jedinghagen gem. § 34 Abs. 4 Nr. 3 BauGB	Drucksache Nr. BV/088/12
-----------	---	------------------------------------

Beschluss:	Abstimmungsergebnis: einstimmig
<p>Es wird beschlossen, dem Antrag auf Einbeziehung von Außenbereichsflächen in die Satzung zur Festlegung des im Zusammenhang bebauten Ortes Jedinghagen gem. § 34 Abs. 4 Nrn. 1 und 3 BauGB nicht zu folgen.</p>	

12	19. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 36 "Gewerbegebiet Rodt"; Aufstellungsbeschluss	Drucksache Nr. BV/047/12 /2
-----------	--	---

Beschluss:	Abstimmungsergebnis: einstimmig
<p>Es wird beschlossen, für den Bebauungsplan Nr. 36 „Gewerbegebiet Rodt“ ein 19. Änderungsverfahren durchzuführen.</p> <p>Ziel der jetzigen Änderung des Bebauungsplanes ist die Ausweisung einer Bauzeile als Mischgebiet entlang der Ostlandstraße sowie die Umwandlung der öffentlichen Grünfläche in private Grünfläche.</p>	

13	1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 62 "Am Gersnacken / Pestalozzistraße"; Modifizierung des Aufstellungsbeschlusses	Drucksache Nr. BV/089/12
-----------	---	------------------------------------

Beschluss:	Abstimmungsergebnis: einstimmig, eine Enthaltung
Es wird beschlossen, für den Bebauungsplan Nr. 62 „Am Gersnacken / Pestalozzistraße“ das 1. Änderungsverfahren mit modifizierten Geltungsbereich und geänderter Planung (Variante 1) durchzuführen.	

14	2. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 65 "Marienheide-Reppinghauser Straße" Aufstellungsbeschluss	Drucksache Nr. BV/091/12
-----------	--	------------------------------------

Beschluss:	Abstimmungsergebnis: 26 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme
Es wird beschlossen für zwei Teilbereiche des Bebauungsplanes Nr. 65 „Marienheide-Reppinghauser Straße“, welche in dem beigefügten Plan gekennzeichnet sind, ein 2. Änderungsverfahren durchzuführen.	

15	3. vereinfachte Änderung des Bebauungsplanes Nr. 67 "Konversion Hermannsberg"; a) Ergebnis des Beteiligungsverfahrens gem. § 13 Abs. 2 BauGB b) Satzungsbeschluss	Drucksache Nr. BV/090/12
-----------	--	------------------------------------

Hr. Hombitzer weist darauf hin, dass es in der Abwägungsliste unter lfd. Nr. T 2 richtig heißen muss: „Gegen die **3. Änderung** bestehen aus Sicht.....“, nicht 2. Änderung.

Beschluss:	Abstimmungsergebnis: einstimmig
c) Über die Stellungnahmen, die während des Beteiligungsverfahrens gem. § 13 Abs. 2 BauGB vorgetragen wurden, wird wie in der beiliegenden Ausarbeitung dargelegt abgewägt und beschlossen.	

- d) Die 3. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 67 „Konversion Hermannsberg“ wird gem. § 10 Abs. 1 BauGB vom 23.09.2004 (BGBl.I. S. 2414) in Verbindung mit § 7 GONW (GV NRW S. 666/SGV.NRW 2023) in den zur Zeit gültigen Fassungen als Satzung beschlossen. Der Bebauungsplanänderung ist eine Begründung beigelegt.

16	Ausgeführte Ratsbeschlüsse seit der letzten Ratssitzung am 26.06.2012	Drucksache Nr. IV/108/12
-----------	--	------------------------------------

Der Rat der Gemeinde nimmt den Bericht zur Kenntnis.

17	Mitteilungen und Verschiedenes	
-----------	---------------------------------------	--

Aktuelle Haushaltssituation

Ein Bericht zur aktuellen Haushaltssituation liegt allen Ratsmitgliedern als Tischvorlage vor.

Heilteichgelände

BM Töpfer teilt mit, dass sich erfreulicherweise 20 ehrenamtliche Helfer, welche im Umfeld des Heilteichgeländes wohnen, bereit erklärt haben, gemeinsam mit der Gemeinde das Grundstück instand zu halten.

Vorsitzender:

Schriftführerin:

gez.
Uwe Töpfer
Bürgermeister

gez.
Susanne Schorde